

PRESSEMITTEILUNG

„Die FDP ist naiv und torpediert eine überparteiliche Lösung gegen Naziaufmärsche“

Bürger.Courage kritisiert die Äußerungen von FDP-Landtagsabgeordneten

Bürger.Courage e.V.
Prießnitzstraße 18
01099 Dresden

presse@buenger-courage.de
www.buenger-courage.de

20. Februar

2011

Die Dresdner Initiative Bürger.Courage kritisiert die Äußerungen der FDP-Landtagsabgeordneten Carsten Biesok und Holger Zastrow: „Herr Biesok bewegt sich weit entfernt von der Realität. Wer glaubt, man könne sich wirklich mit Nazis und Randalierern an einen Tisch setzen, um über Demonstrationskultur zu sprechen, ist entweder naiv oder hat keine Ahnung“, sagt Christian Demuth, Vorsitzender der Initiative. Laut Bürger.Courage sind Aufmärsche ein Teil des von Neonazis schon vor Jahren ausgerufenen ‚Kampfes um die Straße‘. „Die Aufmärsche sind somit Teil der Strategie, die Demokratie in Frage zu stellen und Nazi-Propaganda zu verbreiten“, so Demuth. „Neonazis skandierten am Samstag die Forderung ‚Nationaler Sozialismus jetzt‘. Mit solchen Leuten will Biesok ein gewinnbringendes Gespräch führen? Das widerspricht jeglicher Erfahrung.“

Absurd sei auch der Gedanke, für ein Gespräch am runden Tisch Gewalttäter aus der Autonomen-Szene zu erreichen: „Ein großer Teil dieser Gruppe will einfach nur Gewalt ausüben – ähnlich wie Hooligans in der Fußballszene. Die benutzen Politik nur als Vehikel für ihre Gewaltphantasien.“

Bürger.Courage befürchtet jedoch, dass Biesok wie auch sein Fraktionschef Holger Zastrow mit „Linksextremisten“ auch wieder jene Demonstranten meinen, die sich den Nazis am vergangenen Samstag gewaltlos in den Weg gestellt haben. „Die FDP erstickt erneut jede konstruktive Diskussion über eine friedliche Zukunft der Proteste gegen Nazis in Dresden“, beklagt Demuth. Schon in der Vergangenheit sei die Diskussion unter den demokratischen Parteien über den Umgang mit den Naziaufmärschen schwer möglich gewesen. „Holger Zastrow und seine FDP sind aber anscheinend nicht an einer Lösung der verfahrenen Situation interessiert.“ Ziel müsse es aber sein, einen überparteilichen, zivilen Protest gegen die Nazi-Aufmärsche zu organisieren. „Geschieht dies nicht, werden die Nazis noch in 20 Jahren in Dresden marschieren. Alle, die den friedlichen Protest kriminalisieren und als ‚Links gegen Rechts‘ zu verunglimpfen suchen, handeln verantwortungslos und aus parteipolitischen Gründen.“